

Plenarsitzung

7. Juni 2018, 16:00 Uhr

Vorsitz: Präses Tobias Bergmann

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Mai-Sitzung**
- 3. IHK Nord**
 - a) Bericht über die Leistungen und Perspektiven der IHK Nord
 - b) Antrag von Herrn Pirck zur IHK Nord
- 4. Kommission Stolpersteine – Vorschlag zum Gedenken der Verfolgten aus dem Ehren- und Hauptamt zu Zeiten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft**
- 5. Verabschiedung der Stellungnahme „Sharing Economy – Fairer Wettbewerb für eine dynamische Hamburger Wirtschaft“**
- 6. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**

Antrag von Herrn Dr. Mecke zur „Überarbeitung der Wahlordnung zur Wahl des Plenums der Handelskammer Hamburg im Jahr 2020“
- 7. Berichte**
 - a) des Präses und des Präsidiums
 - b) der Hauptgeschäftsführerin
 - c) aus den Ausschüssen
- 8. Projektberichte aus den Ausschüssen**
 - a) Der Brexit und Hamburgs Wirtschaft
 - b) Fraunhofer in Hamburg
- 9. Verschiedenes**

Anwesend:

Herr Präses Bergmann;

Herren Vizepräsidenten Elmendorf, Frau Vizepräsidentin Rickwardt, Frau Vizepräsidentin Stumpf, Herr Vizepräsident Dr. Teichert;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Duphorn, Ebert, Enke, Falk, Goetz, Frau Gül, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hocqué, Holstein, Jakovlev, Kaufholz, Korff, Kranz, Kuhlmann, Lintzen, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Frau Meier, Frau Nack-Warenycia, Herren Perleberg, Pirck, Pohle, Frau Prinz, Herren Räber, Selent, Sträßner, Wandrey, Frau Wendt-Heinrich, Herr Wendt-Reese;

dauerhafte Gäste im Plenum: Frau Arendt, Herren Enkerts, Dr. Mecke;

Gäste: Herr Stuke;

Aus dem Hauptamt:

Frau Beine, Frau Degen, Herren Graf, Grams, Frau Nienstedt, Frau Dr. Rose, Herren Schüller, Dr. Süß, Ulrich;

Herren Anders, Dumschat (IT), Frau Enzel, Herren Funke (IT), Dr. Henze, Dr. Heyne, Dr. Kuckartz, Frau Lurtz-Herting, Frau von Wedel, Frau Dr. Ölschläger, Frau Theis, Herr Radatz (Protokoll).

Entschuldigt fehlen:

Herren Brauer, Costur, Dürre, Ederhof, Fischer, Gehrckens, Hanneforth, Hellwig, Holler, Jensen, Dr. Killinger, Koopmann, Kröger, Montzka, Mücke, Pfeiffer, Platz, Reinecke, Schmelzer, Frau Schoras, Herren Siebold, Tasbilek, Thies, Dr. Vogelsang, Wöhlke.

Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 7. Juni 2018

Zu Beginn der Sitzung befinden sich 41 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Das Plenum genehmigt die Tagesordnung dieser Plenarsitzung.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Mai-Sitzung

Herr Präses Bergmann stellt das Protokoll zur Abstimmung.

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2018 wird einstimmig genehmigt und zur Veröffentlichung im Transparenzportal der Handelskammer freigegeben.

TOP 3: IHK Nord

Herr Präses Bergmann berichtet einleitend von der Vollversammlung der IHK Nord in Oldenburg. Dort sei unter anderem das Brüsseler Büro der IHK Nord thematisiert worden. Die Vollversammlung habe einstimmig ein Konzept zur inhaltlichen Stärkung des Brüsseler Büros verabschiedet. Das Präsidium der Handelskammer habe soeben getagt und sich entschieden dem Plenum vorzuschlagen, das Thema des Austritts der Handelskammer aus der IHK Nord vom Tisch zu nehmen. Herr Präses Bergmann übergibt das Wort sodann an Herrn Stuke.

Herr Stuke bedankt sich für die Einladung und stellt sich dem Plenum kurz vor. Anhand der diesem Protokoll als Anlage 1 beiliegenden Präsentation berichtet Herr Stuke über die IHK Nord. Als Unternehmer habe er viel Erfahrung sammeln können, wie wichtig die Durchschlagskraft der IHK Nord sei. Dies gelte insbesondere dann, wenn es um die Vertretung von Interessen gegenüber der Europäischen Union gehe. Zudem komme es gerade in Deutschland wegen des föderalen Aufbaus des Staates auf ein geschlossenes Auftreten der Wirtschaft an, wenn diese ihre Interessen vertreten wolle.

Herr Stuke ergänzt, dass es sich bei Norddeutschland um eine insgesamt wirtschaftlich sehr starke Region handele. Wichtig sei allerdings auch hier ein geschlossenes Auftreten der Wirtschaft. Die drei wesentlichen Säulen der IHK Nord in Bezug auf das Brüsseler Büro seien der Reformprozess, die Ausarbeitung von Schwerpunkten und die Weiterentwicklung des Büros. Auch wenn der Vorsitz der IHK Nord jährlich wechsele, organisiere sich die IHK Nord über eine zentrale Geschäftsstelle. Von besonderer Bedeutung sei dabei die Schnittstellenoption der IHK Nord ebenso wie die Stärkung der Rolle der IHK Nord im DIHK, was so für eine einzelne IHK als Einzelkämpferin alleine nicht möglich sei.

Herr Stuke informiert das Plenum über den im Jahr 2015 eingeleiteten Reformprozess innerhalb der IHK Nord. In diesem Kontext sei eine Fokussierung der IHK Nord auf die Vertretung spezifisch norddeutscher Interessen gegenüber den norddeutschen Bundesländern, der Bundesregierung und auf EU-Ebene vereinbart worden. Hierdurch seien insbesondere noch einmal die Schnittstellen zu den Mitgliedskammern und dem DIHK geschärft worden. Schwerpunktthemen der IHK Nord seien Maritime Wirtschaft sowie Infrastruktur, Energie- und Industriepolitik, Tourismus, Außenwirtschaft und Ernährungswirtschaft. Die Energiepolitik sei dabei von besonderer Bedeutung. Herr Stuke trägt vor, dass Norddeutschland hier einen Wettbewerbsvorteil haben könne, sofern es zu einem Ausbau der Energieinfrastruktur komme. Gerade bei Windenergie und Energiespeicherung bestehe ein großes Potenzial. Letztlich würde die Industrie sich dann dort ansiedeln, wo die Energieversorgung für sie am besten sei. Norddeutschland sei aktuell allerdings auch sonst eine boomende Region, was insbesondere für den Tourismus, aber auch für die Ernährungswirtschaft gelte. So mache die

Ernährungswirtschaft im Zuständigkeitsbereich der IHK Oldenburg 65-70 % der Wirtschaftsleistung aus.

Herr Stuke erläutert die Taskforce für das Brüsseler Büro. Dabei handele es sich um ein Konzept für ein Team, welches aus Personen mit besonders hoher fachlicher Kompetenz bestehe. Aufgabe des Brüsseler Büros sei es, die Arbeit der Taskforce vorzubereiten und zu unterstützen. Die inhaltliche Arbeit der Taskforce werde dann durch die starke Einbindung der IHKs ermöglicht. Es seien mit den so aufgestellten Taskforces bereits sehr gute Erfahrungen gemacht worden. Es sei nicht ausgeschlossen, bei bestimmten Themen für die inhaltliche Arbeit auch mal externe Fachkompetenz einzukaufen. Über ein Rotationsprinzip bestehe die Möglichkeit, dass für bestimmte Zeiträume auch Kammermitarbeiter bei der IHK Nord mitarbeiten könnten.

Herr Stuke führt aus, dass im Ergebnis das Budget der IHK Nord von administrativen Kosten hin zu Gunsten stärkerer inhaltlicher Fokussierung verändert worden sei. Aktuell sei dieser Kurs aufgrund einiger anstehender Entscheidungen im Brüsseler Büro fortgesetzt worden. Dank Herrn Dr. Heyne, der einen neuen Mietvertrag ausgehandelt habe, sei künftig mit deutlich weniger Kosten für die Miete der Büroflächen in Brüssel zu rechnen. Die Personalkosten seien bereits reduziert worden. Eine weitere Senkung der Personalkosten sei beabsichtigt. Insgesamt solle es jedoch bei dem Haushalt der IHK Nord in seiner derzeitigen Höhe bleiben. Die erreichten Einsparungen würden in die inhaltliche Arbeit der IHK Nord investiert.

Weiterhin stellt Herr Stuke die Erfolge der IHK Nord heraus. Veränderungen speziell beim Ausbau der Infrastruktur zu erreichen, sei jedoch mit hohem zeitlichem Aufwand verbunden. Dieses sei eine Folge einer Verkehrspolitik, die lange Zeit verfehlt gewesen sei. Zudem würden neuerdings Kapazitätsengpässe bei der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen ein Problem darstellen. Dieses liege an konjunkturell bedingt gut gefüllten Auftragsbüchern der Unternehmen.

Herr Stuke trägt weiter vor, dass die Stärkung der norddeutschen Kooperation eine übergeordnete Initiative der IHK Nord sei. Diese Initiative bestehe bereits seit 2 Jahren und habe das Ziel, das Süd-Nord-Gefälle umzudrehen. Dabei handele es sich um eine große Herausforderung, die von Gutachtern und Studien leider nicht durchweg optimistisch beurteilt werde. So sei das Risiko größer, dass das Süd-Nord-Gefälle eher zunehme, als abnehme. Die IHK Nord stehe bereits mit den Ministerpräsidenten der norddeutschen Bundesländer im Gespräch, auf deren Unterstützung man vor allem in finanzieller Hinsicht angewiesen sei, um das Ziel der Initiative zum Erfolg zu führen. Auch um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Häfen zu erhalten, sei ein abgestimmtes Vorgehen der deutschen Häfen nötig.

Herr Asmus stimmt dem Ergebnis des Vortrages von Herrn Stuke zu, betont aber, dass es schwer sei sich verbindlich zu einem gemeinsamen Hafenkonzept zu äußern, solange es keine Planungssicherheit in Bezug auf die Elbvertiefung gebe. Herr Stuke betont, dass man auch in Oldenburg auf die Fahrrinnenanpassung der Elbe warte, weil man um die große Bedeutung Hamburgs als Hafenstandort wisse.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert merkt an, dass er persönlich die Elbvertiefung nicht für erforderlich halte und erkundigt sich, ob künftig eine Mitgliedschaft der IHKs in Hannover und Osnabrück in der IHK Nord denkbar sei. Herr Stuke berichtet, dass mit diesen IHKs in der Vergangenheit Gespräche wegen einer etwaigen Mitgliedschaft stattgefunden hätten, dort die IHK Nord aber eher als „Küstenthema“ wahrgenommen werde. Sofern sich die Handelskammer auch wieder auf den Kurs der norddeutschen Zusammenarbeit beuge und die IHK Nord ihr Gewicht im DIHK ausbaue, sei er aber optimistisch, dass dann weitere Kammern mitziehen würden.

Nachdem sich Herr Stuke vom Plenum verabschiedet hat, erläutert Herr Pirck auf Bitte von Herrn Präsident Bergmann seinen mit der Tischauslage überreichten Antrag zur IHK Nord. Herr

Pirck lobt die anschauliche Darstellung von Herrn Stuke zur Arbeit der IHK Nord und betont die Bedeutung der IHK Nord für die Hamburger Wirtschaft, die in einem Stadtstaat sonst allein auf weiter Flur unterwegs sei. Die Frage der Mitgliedschaft der Handelskammer sei daher eine wichtige Weichenstellung über die frei von politischen Erwägungen im Interesse der Wirtschaft entschieden werden müsse. Die im Vorfeld abgestimmten Verfeinerungen des Antrages seien angemessen, um über den Antrag einen tragbaren Konsens zu erzielen. Wichtig sei, dass das Thema der Mitgliedschaft in der IHK Nord nach vorne gerichtet behandelt werde. Herr Pirck appelliert an das Plenum, das Thema IHK Nord inhaltlich voranzubringen, um die Synergien, welche die IHK Nord biete, zu nutzen und auszubauen.

Herr Vizepräsident Elmendorf empfiehlt dem Plenum namens des Präsidiums wegen der Vorteile, die eine Mitgliedschaft in der IHK Nord für die Handelskammer mit sich bringe, die Zustimmung zum Antrag von Herrn Pirck. Herr Holstein ergänzt, dass er sich sehr über den Antrag von Herrn Pirck freue, welcher faktenbasiert und gut formuliert sei. Der Antrag sei ein gutes Beispiel für den zukünftigen inhaltlichen Austausch.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Pirck zur IHK Nord mit 35 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen zu.

TOP 4: Kommission Stolpersteine – Vorschlag zum Gedenken der Verfolgten aus dem Ehren- und Hauptamt zu Zeiten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Frau Nack-Warenycia führt zunächst anhand der als Anlage 2 beiliegenden Präsentation in die Arbeit der Kommission Stolpersteine ein. Ausgangspunkt der Arbeit der Kommission sei, dass die Handelskammer nach der Veröffentlichung des Buches „Hanseaten unter dem Hakenkreuz“ öffentliche Kritik auf sich gezogen habe. Auf Antrag von Frau Plag, die damals Mitglied im Plenum der Handelskammer gewesen sei, habe sich die Handelskammer für ein sichtbares Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus den Reihen der Handelskammer entschieden. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission, deren Fokus nicht nur in der Erinnerung, sondern auch in einem entsprechend angemessenem Umgang mit den Angehörigen der Opfer liege, sei nun die Verlegung von 13 individuellen Stolpersteinen für die identifizierten ermordeten Opfer sowie eines allgemeinen Stolpersteins für nicht bekannte und nicht zu Tode gekommene Verfolgte sowie eines weiteren allgemeinen Stolpersteins, welcher das Projekt einordnen solle. Die Stolpersteine würden am 24. September 2018 im Rahmen eines öffentlichen Gedenkaktes verlegt, an welchem auch der Erste Bürgermeister Herr Dr. Tschentscher mit einem Grußwort teilnehmen würde. Auch die Bürgerschaftspräsidentin sei wegen einer Teilnahme angefragt worden. Einladungen an das Ehrenamt und Vertreter der Zivilgesellschaft würden separat verschickt. Die Handelskammer erhoffe sich insbesondere ein besonders zahlreiches Erscheinen der ebenfalls geladenen Angehörigen der Opfer zu dem Gedenkakt. Die Angehörigen würden im Anschluss an die Verlegung der Stolpersteine von Frau Degen empfangen werden. Außerdem sei eine Begleitpublikation zu den Biografien der jeweiligen Opfer, zur Zeitgeschichte und zur Einordnung der Arbeit der Kommission geplant, die im Frühjahr 2019 veröffentlicht werden solle.

Auf Nachfrage von Herrn Hocqué erklärt Frau Nack-Warenycia, dass der Text zur Einordnung des Projektes tatsächlich auf einen Stolperstein passen würde. Der Künstler, Herr Gunter Demnig, welcher die Stolpersteine anfertige, habe erklärt, dass der vorliegende Text, so wie er abgestimmt sei, auf einen Stein zu bekommen sei.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert berichtet von Mahnwachen vor dem ehemaligen Gebäude der Baubehörde an der Stadthausbrücke, an denen sich unter anderem ein Polizeipräsident a.D. beteilige. Hintergrund sei die Einrichtung einer Fläche zum Gedenken an die Nutzung des Gebäudes durch die Gestapo, die in dem Gebäude Menschen gefoltert und getötet habe. Nach einem städtebaulichen Vertrag mit dem Investor, welcher das Objekt aktuell entwickle, habe die Gedenkfläche in dem Gebäude 700 m² umfassen sollen. Diese sei nunmehr jedoch auf 70 m² reduziert worden. Dieses Beispiel zeige sehr gut, wie aktuell der Einsatz für

das Thema des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sei. Herr Vizepräsident Dr. Teichert begrüßt, wie weit die Handelskammer mit diesem Gedenken gekommen sei.

Das Plenum stimmt dem Beschlussvorschlag von Frau Nack-Warenycia zum Gedenken an die verfolgten Personen aus Haupt- und Ehrenamt mit 40 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung zu.

Frau Nack-Warenycia bedankt sich für die breite Zustimmung des Plenums sowie bei Frau Enzel und den Archivaren für deren Arbeit im Rahmen des Projekts.

TOP 5: Verabschiedung der Stellungnahme „Sharing Economy – Fairer Wettbewerb für eine dynamische Hamburger Wirtschaft“

Herr Vizepräsident Elmendorf trägt anhand der diesem Protokoll als Anlage 3 beiliegenden Präsentation vor, dass der Ausgangspunkt der Stellungnahme eine Befassung des Ausschusses für Tourismus und Gastgewerbe gewesen sei. Diese habe sich jedoch als zu branchenlastig herausgestellt, so dass diese seinerzeit im Plenum abgelehnt worden sei. Das Plenum habe allerdings eine weitere Befassung mit dem Thema angeregt. Auf der gemeinsamen Ausschuss-Sitzung habe es Input zu der Stellungnahme aus ordnungspolitischer und steuerrechtlicher Perspektive sowie aus der Perspektive von Politik, Verwaltung und der relevanten Plattformen gegeben, was eine umfassende Sichtweise auf die positiven und die negativen Aspekte des Themas erlaubt habe. Herr Vizepräsident Elmendorf ergänzt, dass die Stellungnahme zur „Sharing Economy“ vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik und Mittelstand erstellt worden sei und dankt insbesondere Herrn Dr. Henze für seine gute Arbeit.

Herr Vizepräsident Elmendorf erläutert, dass insbesondere die Forderung nach einem Level-Playing Field für alle Wirtschaftsbeteiligten wichtig sei. Es dürften dabei für diese keine neuen Hürden geschaffen werden, sondern alte Hürden entweder beseitigt oder wenigstens abgeschwächt werden. Die vorhandenen gesetzlichen Regelungen seien dabei grundsätzlich ausreichend, müssten jedoch auch konsequent durchgesetzt werden. Gerade dieses sei bei einigen Geschäftsmodellen schwieriger, als beispielsweise im stationären Handel.

Auf Nachfrage von Herrn Lintzen ergänzt Herr Vizepräsident Elmendorf, dass auch der Ausschuss für Tourismus und Gastgewerbe der Stellungnahme zugestimmt habe. Input von den betroffenen Verbänden sei über die Ausschüsse in die Stellungnahme eingeflossen. Eine Verbandsstellungnahme habe es in diesem Sinne nicht gegeben.

Das Plenum stimmt einstimmig der Stellungnahme mit 41 Stimmen ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen zu.

TOP 6: Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Herr Dr. Mecke führt zu dem von ihm zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Antrag in die aktuellen Grundlagen der Berechnung der Zusammensetzung des Plenums ein. Die Zusammensetzung richte sich nach dem Ertrag sowie der Zahl der Mitarbeiter und der Auszubildenden in einem Unternehmen. Herr Dr. Mecke trägt vor, dass das aktuelle Plenum der Spiegelbildlichkeit der Hamburger Wirtschaft insofern nicht entspreche, als das große Unternehmen im Plenum fehlen würden. Dieses werde in der Wahlgruppe der Industrie besonders deutlich. Zweck seines Antrages sei es nicht, der Wahlkommission konkrete Handlungsvorgaben zu machen. Vielmehr solle die Wahlkommission Vorschläge machen, wie die Spiegelbildlichkeit des Plenums verbessert werden könne.

Herr Vizepräsident Elmendorf bedankt sich bei Herrn Dr. Mecke für die Erläuterungen zu dessen Antrag, dem er zustimmen würde. Zu bedenken sei jedoch, dass es schwierig sei zu definieren, was Spiegelbildlichkeit tatsächlich sei. Im vorherigen Plenum seien noch 75 %

große und mittlere Unternehmen repräsentiert gewesen, was etwa 1 % der Mitgliedsunternehmen entsprochen habe. Die Wahlkommission stehe also vor einer großen Aufgabe. Herr Vizepräsident Elmendorf ergänzt, dass er sich freuen würde, wenn sich Herr Dr. Mecke in der Wahlkommission engagieren würde.

Herr Pirck stimmt zu, dass große und mittlere Unternehmen derzeit im Plenum deutlich unterrepräsentiert seien. Dabei spiele es seines Erachtens keine Rolle, ob die Wahlen angefochten worden seien oder nicht. Kooptationen alleine seien nicht geeignet, um dieses Problem zu lösen. Die nächste Wahlordnung müsse daher besser sein, als alle bisherigen Wahlordnungen. Dass dabei auf Betriebsgrößenklassen abgestellt werde, sei zu begrüßen. So könne im Rahmen der Wahlvorbereitung zu einem bestimmten Stichtag festgelegt werden, wie viel Prozent kleine, mittlere und große Unternehmen es in der jeweiligen Wahlgruppe gebe und die Plenarsitze könnten entsprechend zugeteilt werden. Dem Antrag von Herrn Dr. Mecke fehle jedoch der Verweis auf das Merkmal der wirtschaftlichen Bedeutung, welches vom Bundesverfassungsgericht gefordert worden sei. Mit diesem Merkmal solle sichergestellt werden, dass Einzelinteressen nicht das Gesamtinteresse in den Hintergrund treten lassen würden. Herr Pirck schlägt daher als Änderungsantrag vor, die Worte „und die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Berücksichtigung wirtschaftlich bedeutsamer Unternehmen umgesetzt“ im 5. Absatz hinter dem Wort „ergänzt“ einzufügen. Des Weiteren weißt Herr Pirck auf den Beschlussvorschlag von Herrn Dr. Mecke hin, der als Anlage 7 zu TOP 8 a) Thema während der Sitzung des Plenums im Mai gewesen sei und beantragt, den heute von Herrn Dr. Mecke vorgelegten Beschlussvorschlag durch denjenigen aus der Sitzung im Mai zu ersetzen. Die Musterwahlordnung greife höchststrichterliche Rechtsprechung auf, die nicht einfach ignoriert werden dürfe. Die künftige Wahlordnung müsse mit diesen Maßstäben verpflichtend und verbindlich entwickelt werden. Eine unverbindliche Vorgabe an die Wahlkommission reiche daher leider keinesfalls aus.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert begrüßt den Antrag von Herrn Dr. Mecke und die Diskussion über die Spiegelbildlichkeit der Zusammensetzung des Plenums. Er bedauere jedoch, dass in der Begründung des Antrages dem jetzigen Plenum die Spiegelbildlichkeit abgesprochen werde. Dieses stelle die Legitimation des Plenums in Frage. Zudem seien viele Parameter denkbar, nach denen sich die Spiegelbildlichkeit der Zusammensetzung des Plenums richten könne. Dazu gehörten beispielsweise die Zahl der Frauen in einem Unternehmen, wieviel Steuern ein Unternehmen zahle oder welche wirtschaftliche Bedeutung ein Unternehmen habe. Die Frage sei daher, welcher dieser Parameter nach der jeweils nächsten Wahl noch Bestand habe.

Herr Duphorn erklärt, dem Antrag ebenfalls zustimmen zu wollen. Auch er sei der Meinung, dass die Spiegelbildlichkeit des Plenums nicht gewahrt sei. Allerdings seien beispielsweise auch keine Tankstellen oder Unternehmen vom St. Pauli Kiez vertreten. Die Musterwahlordnung des DIHK könne zwar in die Arbeit der Wahlkommission mit einbezogen werden. Herr Duphorn gibt jedoch zu bedenken, dass diese nicht unreflektiert übernommen werden sollte, was im Fall der IHK Lüneburg-Wolfsburg beispielhaft deutlich werde.

Herr Lorenzen ergänzt, dass die bisherige Intention der Wahlordnung die Schaffung eines Branchenmixes sei. Die letzten Änderungen der Wahlordnung sehe er vor diesem Hintergrund kritisch. Jedenfalls dürfe bei Änderungen der Wahlordnung nicht der Eindruck entstehen, es gebe Unzufriedenheit mit dem bisherigen Wahlergebnis.

Herr Elmendorf erklärt, dass er zuversichtlich sei, dass die Wahlkommission einen guten Vorschlag entwickeln werde. Im Übrigen habe die Rechtsaufsicht bisher allen Wahlordnungen zugestimmt. Die Arbeit der Wahlkommission dürfe nun nicht zu stark eingeschränkt werden. Der Antrag von Herrn Dr. Mecke sei diesbezüglich hinreichend offen formuliert.

Frau Wendt-Heinrich ergänzt, dass es wichtig sei, dass jetzt mit der Arbeit begonnen werde. Die überarbeitete Wahlordnung müsse verschiedenen rechtlichen Vorgaben genügen, die zu

berücksichtigen seien. Außerdem sollten auch abweichende Meinungen bei der Überarbeitung der Wahlordnung berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage von Frau Wendt-Heinrich erklärt Herr Präses Bergmann, dass die Wahlkommission vom Plenum zusammengestellt werden würde. Die Frage sei dann, wie weit die Wahlkommission geöffnet werden solle.

Herr Dr. Mecke stellt zur Begründung seines Antrages nochmals heraus, dass er das Plenum nur insoweit nicht als spiegelbildlich ansehe, soweit die Industrie im Plenum derzeit unterrepräsentiert sei. Es sei daher naheliegend, dass er als Vertreter der Industrie den vorliegenden Antrag in das Plenum einbringe. Es müsse der falsche Eindruck vermieden werden, dass die Wahl an sich in Frage gestellt würde. Es sei nur eben nicht logisch, dass fast nur kleine Unternehmen im Plenum vertreten seien, die keine Auszubildenden beschäftigen würden, obwohl die Anzahl der Auszubildenden ein Kriterium für die Besetzung des Plenums sei.

Herr Präses Bergmann berichtet, dass die IHK Berlin die Muster-Wahlordnung des DIHK ablehne. Man habe sich dort für ein anderes System entschieden, welches sogar ohne Ko-optationen auskommen würde.

Herr Pirck erklärt, dass es zutreffend sei, dass es bei der Umsetzung der Muster-Wahlordnung des DIHK Schwierigkeiten gebe. Allerdings sei die Muster-Wahlordnung geschaffen worden, um eine Grundlage für Rechtssicherheit aller Industrie- und Handelskammern in Deutschland zu schaffen. Auch wenn Detailfragen schwierig sein könnten, sei dieses noch kein Grund, die Wahlkommission nicht zu verpflichten, diese Vorgaben einzuhalten. Herr Pirck teilt weiter mit, dass er aufgrund der Wortbeiträge während der Diskussion im Plenum keine Mehrheit für seine Änderungsanträge erwarte und er beide Anträge unter der Bedingung zurück nehme, dass die Anträge und Wortbeiträge im Protokoll entsprechend festgehalten werden würden.

Das Plenum stimmt dem Beschlussvorschlag von Herrn Dr. Mecke mit 24 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und 15 Enthaltungen zu.

TOP 7: Berichte

a. Bericht des Präses und des Präsidiums

Herr Mücke berichtet per Videobotschaft, dass der Digitalisierungsgipfel am 21. Juni 2018 in Hamburg stattfinden werde und verweist auf die Tischauslage. An dem Digitalisierungsgipfel würden neben Schülerinnen und Schülern auch der Erste Bürgermeister Dr. Tschentscher und internationale Gäste teilnehmen. Ziel sei es, mit Unternehmen über die Bedeutung der Digitalisierung zu sprechen und Hamburg zu einem Leuchtturm für digitale Bildung zu machen.

Herr Vizepräses Dr. Teichert berichtet über den aktuellen Stand der Arbeiten am Finanzstatut. Das geänderte Finanzstatut befinde sich inzwischen in der Abstimmung mit der Rechtsaufsicht. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass es im Rahmen dieser Abstimmung weitere Änderungen an dem Finanzstatut geben werde.

Herr Lorenz-Meyer informiert über eine Delegationsreise nach Malmö anlässlich der Fehmarnbelt Days 2018. Die Delegation hätte 80 Teilnehmer umfasst, darunter der Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz sowie der Erste Bürgermeister Herr Dr. Tschentscher, dessen erste Auslandsreise seit seiner Amtseinführung diese gewesen sei. In Malmö hätten insgesamt 700 Vertreter von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, darunter auch 3 Verkehrsminister und 5 Botschafter, 2 Tage lang über die Auswirkungen des Fehmarnbelt-Tunnels auf Transport und Logistik, die kulturelle Zusammenarbeit und den

gemeinsamen Arbeitsmarkt zwischen Deutschland, Dänemark und Schweden diskutiert. Insgesamt sei davon auszugehen, dass Hamburg und Kopenhagen von dem Tunnel am meisten profitieren würden. Herr Lorenz-Meyer berichtet, dass bei den Fehmarnbelt Days eine Absichtserklärung zwischen der Metropolregion Hamburg und dem Greater Copenhagen & Skåne Committee geschlossen worden sei und bittet, diese als Anlage zum Protokoll zu nehmen. Herr Lorenz-Meyer bedankt sich bei Herrn Assmann für die gute Vorbereitung und die Begleitung der Reise.

b. Bericht der Hauptgeschäftsführerin

Frau Degen stellt die aktuellen Zahlen der eingetragenen Ausbildungsverträge von Ende Mai vor. Derzeit seien 4.612 Ausbildungsverträge eingetragen, was 110 Ausbildungsverträge weniger als im Vorjahr seien. Die Abnahme betrage damit 2,33 %. Dieser Befund sei noch nicht ungewöhnlich. Der Handel liege bei der Zahl der Ausbildungsverträge immer noch vorne, jedoch mit abnehmender Tendenz. Bei den metalltechnischen Berufen gebe es dagegen sogar 100 Verträge mehr als im Vorjahr. Der Jahrestrend entscheide sich nun in den Monaten Juni, Juli und August. Mit Kampagnen zur Berufsbildung dürfe nicht nachgelassen werden.

Frau Degen erläutert die branchenbezogene Statistik, welche der Darstellung der Ausbildungsverträge zugrunde liege. Bislang seien die monatlichen Ausbildungszahlen nach Wahlgruppen untergliedert worden, wofür man sich jedoch eines Tricks habe bedienen müssen, weil nicht alle Ausbildungsbetriebe, wie beispielsweise Vereine und Betriebsstätten, unmittelbar wahlberechtigt seien. Diesen Ausbildungsbetrieben seien fiktive Wahlgruppen zugewiesen worden, damit deren Ausbildungsverträge hätten mitgezählt werden können. Nunmehr solle das Merkmal der Wahlgruppenzugehörigkeit Unternehmen vorbehalten sein, welche tatsächlich wahlberechtigte Kammermitglieder seien. Dieses habe zu einer Änderung der Branchenauswertung geführt. So sei nun beispielsweise ein Koch-Azubi immer der Branche Hotel und Gaststätten zugeordnet, auch wenn er in der Betriebskantine eines Industrieunternehmens lernen sollte. Die neue Statistik entspreche der allgemein üblichen IHK-Systematik und erlaube nun auch strukturelle Vergleiche mit anderen IHKs.

Auf Nachfrage von Frau Wendt-Heinrich bestätigt Herr Grams, dass ein in Ausbildung befindlicher Webdesigner den IT-Berufen zugeordnet würde, statt der Güterverkehrsbranche, wenn er dort ausgebildete werde. Die Statistik habe in der Tat angepasst werden müssen, weil die Zuordnung von Betriebsstätten und Vereinen schwer gewesen sei. Generell sei es möglich, auch beide Statistiken beizubehalten.

Herr Kaufholz spricht sich gegen eine doppelte Führung von Statistiken aus. Es sei richtig, dass die bisherige Statistik einer Vergleichbarkeit abträglich gewesen sei. Herr Heimsoth stimmt dem zu und betont, dass der eingeschlagene Berufsweg eines Menschen relevant sei und nicht, wo dieser aufgesattelt sei. Frau Wendt-Heinrich merkt an, dass es gerade in eher traditionellen Branchen wie dem Güterverkehr schwierig sei darzustellen, welche Ausbildungsberufe es innerhalb der jeweiligen Branche gebe. Im Übrigen sei es sicherlich unschwer möglich, zwei Auswertungen zur Verfügung zu stellen. Herr Grams stellt neben der monatlichen Statistik entsprechend der neuen Auswertung eine jährliche Aufstellung, wie bisher nach Wahlgruppen, in Aussicht.

Auf Nachfrage von Frau Wendt-Heinrich berichtet Frau Degen über den aktuellen Stand der Entscheidung des erweiterten Lenkungsausschusses über die Besetzung der zweiten Führungsebene der Handelskammer. Die Entscheidung sei im gewissen Rahmen bereits gefallen. Es sei jedoch bewusst davon abgesehen worden, das Plenum darüber heute zu unterrichten, weil die betroffenen Personen die Entscheidung zu erst erfahren sollten. Herr Präses Bergmann bestätigt, dass darüber im nächsten Plenum berichtet werden solle.

c. Berichte aus den Ausschüssen

Herr Holstein weist auf die Projektgruppe zur neuen Seidenstraße hin. Hamburg sei als Schifffahrtsstandort von den Planungen der neuen Seidenstraße besonders betroffen. Die Handelskammer erarbeite bis zum China Summit im November ein Positionspapier zu diesem Thema. Wenn jemand aus dem Plenum an einer Mitarbeit interessiert sei, könne man sich gerne bei dem Vorsitzenden des Asienausschusses Herrn Dircks melden.

Herr Holstein berichtet des Weiteren von einer maritimen Delegationsreise nach Indien, an welcher er zusammen mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums teilgenommen habe. Die Reise sei von der AHK und dem Hamburg Repräsentanten Lukas Schmitz in Mumbai vorbereitet und betreut worden. Hier zeige sich die hervorragende Zusammenarbeit der Handelskammer mit den Partnerorganisationen und der Bundesregierung.

Herr Holstein trägt vor, dass nach dem Ende der Abschottung während der 1990er Jahre Indien einen großen Aufschwung erlebe, was auch für Hamburg bedeutsam sei. So habe beispielsweise ein indisches Start-Up, die IndiGo Airlines, bei Airbus Flugzeuge mit einem Auftragsvolumen von 10 Mrd. Euro bestellt. Start der Reise sei Mumbai gewesen. Im weiteren Verlauf der Reise sei die Partnerstadt Hamburgs Kochi im Süden des Landes besucht worden, wo es zu einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Handelskammer von Kerala gekommen sei. Kochi sei eine Stadt, die mit ihren vielen Kanälen, dem Hafen und ihren Verkehrsproblemen Hamburg sehr ähnlich sei. Besonderes Interesse habe Indien an dem deutschen System der dualen Berufsbildung bestanden. Ein langfristiger Einstieg in den indischen Markt könne für Hamburger Unternehmen von besonderem Interesse sein. Indien weise die weltweit höchste Wachstumsrate auf und werde statistisch voraussichtlich 2050 das höchste BIP aufweisen. Herr Holstein bedankt sich beim Geschäftsbereich International und insbesondere Frau Dr. Hilger für die hilfreiche Unterstützung.

Herr Holstein weist auf die neu eingeführte Möglichkeit der Fernleihe der Commerzbibliothek hin.

Herr Holstein spricht die EU-Datenschutzgrundverordnung an, die seit dem 25. Mai 2018 für alle Unternehmen verbindlich sei. Unbestimmte Formulierungen der EU-Datenschutzgrundverordnung würden für Unternehmen die Gefahr vermehrter Rechtsstreitigkeiten hervor bringen, wie die Verordnung im Detail richtig umzusetzen sei. Herr Holstein regt an, es möge Kontakt zum Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit aufgenommen werden um dort anzuregen, statt Geldstrafen bei Verstößen zunächst auf Abmahnungen zurückzugreifen. Des Weiteren sollte dort angeregt werden, Abmahnanwälte stärker zu regulieren. Herr Präses Bergmann erklärt, diese Bitte gerne aufzunehmen.

Frau Arendt berichtet von den Planungen des Make a Difference Day (MADD) der Wirtschaftsunioren. Die Wirtschaftsunioren würden ein großes Fest inklusive eines Fußballspiels im Wilhelmsburger Inselpark organisieren. Frau Arendt verweist auf den an den Plätzen ausgelegten Flyer zum MADD und erläutert, dass dieser gerne in Kitas, Schulen usw. verteilt werden könne. Spenden für den MADD seien sehr willkommen; die Volksbank verdoppele jede eingehende Spende.

TOP 8: Projektberichte aus den Ausschüssen

a) Der Brexit und Hamburgs Wirtschaft

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Plenums vertagt.

b) Fraunhofer in Hamburg


Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Plenums vertagt.

TOP 9: Verschiedenes

Herr Asmus berichtet, dass ein Treffen der Ausschüsse für Häfen, Schifffahrt und Verkehr in Lübeck stattgefunden habe. Die Treffen sollten nun jährlich im Wechsel stattfinden, wofür auch andere IHKs in Betracht kommen würden.

Herr Präses Bergmann schließt die Sitzung um 18.05 Uhr. Die nächste Plenarsitzung findet am 5. Juli statt.

Hamburg, den 25. Juni 2018



Christ Degen
Hauptgeschäftsführerin

Anlagen:

- Präsentation von Herrn Stuke zu TOP 3: IHK Nord
- Präsentation von Frau Nack-Warenycia zu TOP 4: Kommission Stolpersteine - Vorschlag zum Gedenken der Verfolgte aus dem Ehren- und Hauptamt zu Zeiten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
- Präsentation der Herren Elmendorf und Dr. Süß zu TOP 5: Verabschiedung der Stellungnahme „Sharing Economy – Fairer Wettbewerb für eine dynamische Hamburger Wirtschaft“
- Letter of Intent on good neighborhood, partnership and cooperation between Hamburg Metropolitan Region and Greater Copenhagen & Skåne Committee vom 28. Mai 2018 zu TOP 7 a)
- Zwei Fotos von der Delegationsreise nach Indien zu TOP 7 c): Herr Holstein